



Interviews

Datum: 26. August 2024

Herbert Reul im Gespräch mit Tobias Armbrüster

Tobias Armbrüster: Der Anschlag von Solingen am Freitagabend hat nicht nur diese Stadt in Nordrhein-Westfalen erschüttert, sondern – das kann man sicher so sagen – die gesamte deutsche Politik. Der mutmaßliche Täter, ein 26jähriger Syrer, hat drei Menschen grausam umgebracht, hat sich inzwischen der Polizei gestellt. Klar ist mittlerweile auch: Er hatte Verbindungen zum sogenannten Islamischen Staat und er ist vor zwei Jahren nach Deutschland eingereist, sollte eigentlich nach Bulgarien abgeschoben werden, aber das ist nicht passiert.

Am Telefon hier bei uns ist jetzt der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Herbert Reul von der CDU. Schönen guten Morgen, Herr Reul.

Herbert Reul: Guten Morgen, Herr Armbrüster.

Armbrüster: Herr Reul, wer ist verantwortlich dafür, dass dieser Mann in Solingen war, obwohl er sich eigentlich gar nicht mehr in Deutschland aufhalten sollte?

Reul: Keine Ahnung und ich finde diese Fragen langsam auch schwer erträglich, dass man immer nur guckt, wer ist jetzt an was Schuld. Ich glaube, die Frage ist komplizierter. Erstens: Er konnte tätig werden, wir haben nicht mitgekriegt, dass sich da jemand so radikalisiert. Das stellt die Frage an die Sicherheitsbehörden: Haben wir genügend Informationsmöglichkeiten? Achten wir alle in der Gesellschaft darauf, ob jemand sich so verändert, oder nicht? – Zweite Frage: Er war als Flüchtling in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen – es waren Paderborn und Bielefeld – und ist nicht abgeschoben worden. Da stellen sich natürlich Fragen, warum nicht. Ich bin für dieses Thema nicht zuständig, deshalb werde ich mich hüten,

darüber eine Aussage zu machen. Aber die Fragen werden sicherlich gestellt und es muss überlegt werden, an was es liegt. Ich glaube, es liegt nicht an einem einzelnen Vorgang, der da falschgelaufen ist, sondern man muss aufs System gucken, wie funktionieren bei uns Abschiebungen und wie kompliziert ist das in einem Rechtsstaat, zurecht in einem Rechtsstaat, aber wie kompliziert ist es. Wenn ich es richtig verstanden habe, war der Fall so: Da kommt die Behörde und will ihn abholen und er ist nicht da; er ist aber nicht untergetaucht, sondern im Normalfall war er immer wieder da in der Unterkunft, und dann greifen die Rechtsvorschriften nicht. Aber noch mal: Die Frage müssen andere beantworten, die davon mehr verstehen und die da zuständig sind. Das kann ich gar nicht, weil ich es nicht weiß.

Armbrüster: Herr Reul, das verstehe ich gerade nicht ganz. Warum sind Sie als Innenminister nicht für diesen Bereich zuständig?

Reul: Weil wir in Nordrhein-Westfalen vor geraumer Zeit entschieden haben, vor, genauer gesagt, sieben Jahren, dass das Innenministerium für Sicherheit zuständig ist, für den Verfassungsschutz, Polizei, Katastrophenschutz und so weiter, während wir die Fragen Flüchtlinge und Familie und Integration in einem anderen Ministerium gefasst haben.

Armbrüster: Wie besprechen Sie das alles jetzt im Kabinett, in Ihrer Koalition, auch mit den dafür zuständigen Kollegen?

Reul: Sofort! Wir haben gestern eine Sondersitzung gehabt. Hendrik Wüst hatte eine Kabinettsondersitzung einberufen. Jeder hat aus seinem Bereich berichtet. Das ist ja auch das, was ich da mitbekommen habe. Da sind Fragen offen, um die sich die Kollegin Paul jetzt auch gerade kümmert. Denn das ist zu simpel zu sagen, hat da die Stadt irgendwas falschgemacht, hat das Land was falschgemacht, war das BAMF, waren die Bundesbehörden nicht richtig. Mein Eindruck ist, wir müssen uns das Verfahren generell angucken.

Armbrüster: Warum ist das so schwierig zu sagen, dass da jemand einen Fehler gemacht hat? Gehört das nicht zu so einer schonungslosen Analyse am Tag oder drei Tage danach dazu?

Reul: Hundertprozentig richtig, wenn jemand einen Fehler gemacht hat und man das so sehen kann. Ich sage ja, ich bin nicht zuständig. Mein Eindruck ist, es ist kein Fehler im Verfahren, sondern wahrscheinlich eher die Frage, ob dieses ganze Verfahren so richtig ist, mit Fristen und mit Abschiebungen und wann man was machen darf. Wenn Sie sich das erklären lassen, das versteht kein Mensch. Das wollen wir hier gar nicht versuchen.

Armbrüster: Was würden Sie an diesem Verfahren gerne ändern?

Reul: Da ich noch nicht ausreichend informiert bin, werde ich mich hüten, jetzt mal eben aus der Hüfte einen Vorschlag zu machen. Das stört mich sowieso an diesen Debatten immer. Da passiert was, es sind drei Menschen tot, bis gestern haben viele Menschen um ihr eigenes Leben noch kämpfen müssen, und wir wissen schon immer alles präzise ganz genau. Ich glaube, die Frage, diese eine Frage ist nur eine von vielen Fragen. Der Mann war überhaupt nicht auffällig bis zum damaligen Zeitpunkt. Ich vermute, wegen Straftaten oder wegen der Gefahr, der Mann würde möglicherweise Leute umbringen, wäre nie einer auf die Idee gekommen, sich um den zu kümmern. Das ist auch die Wahrheit.

Armbrüster: Herr Reul, aus Ihrer Partei kommen jetzt allerdings schon deutliche Schlussfolgerungen und auch Forderungen, zum Beispiel nach Aufnahmestopps für Menschen aus Syrien und aus Afghanistan und auch für Grenzschiebungen für bestimmte Flüchtlinge. Ist das in Ihrem Sinne?

Reul: Ich glaube, die Frage der Zuwanderung, der Regulierung, der Kontrolle der Zuwanderung ist eine entscheidende Frage. Das wissen wir allerdings seit langer, langer, langer Zeit und wir diskutieren immer wieder darüber und der Mechanismus ist immer der gleiche. Es macht einer einen Vorschlag, alle fallen über ihn her, dann geht das im parteipolitischen Geringel unter, Ende! Mein Eindruck ist, dass die Bürgerinnen und Bürger und auch objektiv die Lage so ist, dass wir eine Antwort brauchen, und zwar parteiübergreifend, weil offensichtlich geht es ja nicht. Wenn irgendjemand einen Vorschlag macht, ist er direkt kaputt bei uns.

Der ehemalige Bundespräsident Gauck hat vor geraumer Zeit – es ist, glaube ich, schon Monate her – gesagt, wir können nicht alle aufnehmen und wir überfordern uns und unsere Gesellschaft. Warum macht man jetzt nicht so was wie einen „Runden Tisch“ und setzt sich zusammen, klärt, was ist möglich, denn dass man es begrenzen muss, die Zuwanderung, ist, glaube ich, mittlerweile unbestritten.

Armbrüster: Wir hatten hier heute Morgen schon im Interview zu Gast den innenpolitischen Sprecher der SPD, Sebastian Hartmann, und der hat immer wieder verwiesen auf die Regelungen, auf die Vereinbarungen, die innerhalb der EU gefunden wurden, auf diesen Asyl-Kompromiss in der EU. Wird der etwas ändern an dieser Situation?

Reul: Ja, ich hoffe das, und ich bin auch froh, dass es den gibt. Nur es gibt einen Nachteil: Wann tritt der in Kraft? – Ich glaube, bis dahin kann man nicht sagen, wir machen nichts. Ich glaube auch, dass die Regelung an den Außengrenzen Europas entscheidend ist. Allerdings muss die nicht nur politisch verabredet werden, sondern umgesetzt werden, und da hapert es im Moment. Das verstehe ich, ist auch nicht ganz einfach; da sind wir aber einen Schritt vorwärts gekommen. Bis dahin müssen andere Regelungen gehen, zum Beispiel stärkere Grenzkontrollen auch innerhalb Europas. Ich habe da mittlerweile kein Problem mehr mit, weil ich glaube, es geht nicht anders.

Armbrüster: Auch stärkere Grenzkontrollen an den deutschen Außen-
grenzen?

Reul: Ja. Ich glaube, ja.

Armbrüster: Möglicherweise auch Zurückweisungen von Flüchtlingen?

Reul: Ja, kann ja dann die Konsequenz sein. Vor allen Dingen weniger zu-
rückweisen als vielmehr auch Ermittlung von Tatgeschehen. Wir haben
das ja bei der Fußball-Europameisterschaft gemerkt, wie viele Aufgriffe wir
dann hatten.

Armbrüster: Herr Reul, ich will zum Schluss noch mal ganz kurz zurück-
kommen auf die Frage der Abschiebung. Was jetzt auch wieder im Raum
steht, sind mögliche Abschiebungen nach Afghanistan und auch nach Sy-
rien. Sehen Sie das kommen?

Reul: Sie sprechen mit einem Menschen, der vor längerer Zeit das schon
mal vorgeschlagen hat. Da ist die ganze Öffentlichkeit über mich hergefal-
len und hat mir erklärt, wie unmenschlich das alles ist. Ich finde, ja, das
muss man. Mittlerweile sind wir bei den Innenministern auch über Partei-
grenzen hinweg uns einig. Und wenn ich mich an den Bundeskanzler erin-
nere, als der Polizist in Mannheim umgebracht wurde – das war vor ein
paar Monaten -, hat er gesagt, das machen wir jetzt mal sofort. Na ja,
jetzt ist sofort.

Wissen Sie, ich glaube, ein Teil des politischen Vertrauensverlustes liegt
auch darin, dass wir erstens Probleme viel zu lange nicht haben wahrha-
ben wollen, zweitens, wenn wir sie endlich benennen, irgendwelche Forde-
rungen aufstellen – das sind manchmal dann so Forderungen, die sind Pla-
cebo, um es mal salopp zu sagen. Die Leute erwarten zurecht, dass wir
vielleicht nicht die Welt von heute auf morgen verändern – das geht bei
dem Thema nicht -, aber einen ersten Schritt tun ganz konkret. Ich

glaube, der wichtigste Schritt wird sein, die Zuwanderung zu begrenzen an den Außengrenzen Europas am besten, und bis dahin müssen wir auch innerhalb Europas Kontrollen haben. Aber die Frage, ob solche Menschen, die dann da sind, sich radikalisieren oder andere Menschen töten und ob wir das verhindern können, das ist eine ganz andere Frage. Da bin ich allerdings für zuständig, ob Polizei oder Verfassungsschutz ausreichend ausgerüstet sind, genug Instrumente haben, aber vor allen Dingen auch Kompetenzen, und da empfehle ich uns mal eine ehrliche Debatte über die Rechtslage, über die Gesetze, über die Möglichkeiten, über die Frage Datenschutz. Das ist ja auch eine verquere und verklemmte Debatte.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.